

# Platz abbeck

Nr. 4, 13. Juli 2024

**Die Linke**  
Fraktion im Kölner Rat

**Die Linke – Fraktion im Rat der Stadt Köln**  
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de  
www.linksfraktion-koeln.de

## Finanzierung freier Träger muss gesichert sein

Freie Träger wie die Wohlfahrtsverbände, die viele soziale Dienstleistungen anbieten, sind auf öffentliche Gelder angewiesen, um sich zu finanzieren. Häufig haben sie keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten, oder diese, wie Spenden, machen nur einen geringen Teil ihres Budgets aus. Deshalb leiden sie besonders an der Teuerung durch steigende Personal- und Energiekosten und der Inflation allgemein.

Zahlungsunfähige und zusammenbrechende Träger würden der Stadt große Probleme verursachen. Denn viele ihrer Aufgaben sind Pflichtleistungen, die die Kommune dann selbst übernehmen müsste. Dazu gehören Kindergärten und die Nachmittagsbetreuung in der Grundschule, genannt offene Ganztagsgrundschule (OGS).

Das weiß auch der Rat. Daher hat er für 2023 und 2024 einen Sondertopf, den Strukturförderfonds, beschlossen. Er wurde mit 10 Mio. Euro gefüllt. Soziale oder Jugendhilfeträger können daraus ihre höheren Kosten bezahlen. Er ist allerdings bei 10 % der Gesamtförderumme gedeckelt.

Nun ist dieser Topf allerdings leer, und die Finanzierung der steigenden Kosten von Kitas und OGSen immer noch nicht geklärt. Aus diesem Grund hat Die Linke im Rat nachgefragt.

Für das gerade zu Ende gehende 2. Schulhalbjahr 2023/24 ist die Finanzierung der OGS geklärt. Für das erste Schulhalbjahr 2024/25, das am 1. August anfängt, sucht die Verwaltung noch händeringend Gelder. Als mögliche Finanzierungsquelle nennt die Antwort auf unsere

## Die Kölner AfD ist menschenverachtend

*„Dass das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie potentiell bedrohlicher sei, als das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“*

Theodor Adorno, 1959

Die AfD forderte in einem Antrag im Kölner Stadtrat die „Etablierung“ einer sogenannten „Abschieds- und Rückführungskultur“. Mit dem Antrag knüpft sie am bestehenden Recht an und will die Verwaltung auf diesen Kurs einchwören. Auf einer Strategietagung in Potsdam wurde darüber diskutiert. Die Öffentlichkeit war empört! Hunderttausende demonstrierten gegen Deportationen, für Humanismus und Menschenwürde.

Migration gibt es seit Menschengedenken, seit tausenden von Jahren. Sie findet statt als Flucht vor

Krieg, vor Hunger, vor Elend und vor der Klimakatastrophe. Im 17. und 18. Jahrhundert flohen leibeigene deutsche Bauern vor ihren Grundherren nach Amerika - unter doppelter Gefahr, denn Fürsten und Könige verboten es ihnen bei Strafe.

In diese Tradition der Unfreiheit, der Aberkennung der Menschenwürde und des Zynismus stellt sich die AfD, wenn sie von „Abschieds- und Rückführungskultur“ spricht. Denn die AfD verwendet scheinbar harmlose Begriffe und verbirgt dahinter menschenverachtende Praktiken, die Einwohner Deutschlands aus unserer Gemeinschaft ausschließt, sie enturzelt und heimatlos macht.

Die AfD schreibt in ihrem Antrag: „Des Weiteren soll sich die Oberbürgermeisterin für eine konsequente Remigrationsinfrastruktur auf Landes- und Bundesebene einsetzen.“



MietenStopp! Bei der Aktion am 15. Juni waren unter anderem der Fraktionsgeschäftsführer Michael Weisenstein und der Mieteraktivist Kalle Gerighk beteiligt. Die Kölner Aktion von Recht auf Stadt wurde vom MietervereinKöln und der Linksfraktion Köln unterstützt. Solidarische Grüße sendete der DGB Köln-Bonn.



[www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln](https://www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

## → AfD menschenverachtend



Das umfasst auch die Forderung von harten Sanktionen gegen rücknahmeunwillige Herkunftsländer der abzuschiebenden Ausländer.“

Remigration bedeutete ursprünglich die Rückkehr derjenigen in die Bundesrepublik, die vor dem Nationalsozialismus flüchten mussten. Sie hatten meist keine Staatsangehörigkeit mehr.

Die Oberbürgermeisterin kann „rücknahmeunwillige Herkunftsländer“ nicht sanktionieren. Das ist Unsinn.

Der Antrag der Kölner AfD ist aus einem Antrag ihrer Bundestagsfraktion abgeschrieben. Die Bundestagsfraktion hat bereits am 28. März 2023 den Antrag (DS 20/6184) „Rückführungsoffensive 2023 starten“ eingebracht.

Die AfD will „Ausländer“ abschieben, und dafür soll sich die Oberbürgermeisterin bei Bund und Land einsetzen. Das würde sie sicher nicht tun, auch wenn die AfD die Mehrheit stellen würde. Sie hat Zivilcourage.

Am 31.12.2023 lebten laut Ausländerzählregister rund 13,9 Millionen „Ausländer“ in Deutschland. Viele sind hier geboren. Die AfD will in Köln 245.000 Personen, das sind 22 % der Bevölkerung, abschieben.

Auf die Kritik der Linken, dass die Kölner AfD-Fraktion sich doch schäme solle so einen „hinterhältigen und niederträchtigen“ Antrag von ihrer AfD-Bundestagsfraktion abzuschreiben, reagierte die AfD aufgeregt. Sie habe doch gar nicht abgeschrieben, dass hätten sie selbst entwickelt.

Dieser AfD-Antrag bestätigt die Aussage von Adorno: Das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie ist eine große Gefahr. Jetzt erfolgt ein neuer Angriff der AfD auf die Demokratie. Von innen heraus will die AfD die Demokratie zerstören.

Jörg Detjen

## Von Seite 1: Finanzierung freier Träger ...

Anfrage lediglich beantragte und bewilligte Fördermittel aus dem theoretisch leeren Strukturfondertopf, die letztlich doch nicht verausgabt worden sind. Das dürfte allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Denn der Zuschuss beträgt pro Kind und Halbjahr 48 Euro. Bei ca. 32.000 Schüler\*innen in Köln im Offenen Ganztags sind das Kosten von über 1,5 Mio. Euro.

Das Gefährliche an der Situation ist, dass die Stadt Köln ohnehin mehr Geld für die Offenen Ganztagsgrundschulen zahlt als vorgesehen. Das Land NRW verpflichtet die Kommunen, einen ebenso hohen Beitrag wie das Land NRW selbst in die OGSen zu stecken. Doch Köln hat seinen Pflichtbeitrag nahezu von Anfang an verdoppelt. Die finanzielle Ausstattung durch das Land ist so unzureichend, dass auch jetzt schon die landeseigene Soll-Bestimmung, dass in jeder Gruppe mindestens eine Fachkraft arbeiten soll, in ca. der Hälfte aller OGS-Gruppen nicht eingehalten wird.

Wenn keine Finanzierungsquelle

gefunden wird, besteht die Gefahr, dass Köln die Strukturfördermittel einfach auf seinen freiwilligen Beitrag anrechnet, de facto aber nicht mehr Geld fließt.

Anders scheint es bei den Kitas auszusehen. Sie erhalten pro Kind einen bestimmten Betrag, die sogenannte Kindpauschale. Diese wurden für das in einem Monat beginnende Kindergartenjahr durch das Land so angepasst, dass die gestiegenen Personalkosten abgedeckt sind. Im Kinderbildungsgesetz ist der Anteil der Kommunen an den Kindpauschalen darüber hinaus genau festgelegt. Köln muss also seinen Beitrag vollständig zahlen. Er wird um 9,65 % steigen. Die Beschlussvorlage steckt noch in der verwaltungsinternen Klärung, wird aber sicher in einer auskömmlichen Form kommen.

In der Ratssitzung haben wir mündlich nachgefragt, ob der bisherige freiwillige Anteil der Kommune an der OGS-Finanzierung erhalten bleibt. Eine Antwort steht noch aus.

Güldane Tokyürek



### Gremberger Wäldchen bleibt:

Die Linksfraktion Köln unterstützt die Proteste gegen den Ausbau der A4. Das ist das Gegenteil einer Verkehrswende. Und auf keinen Fall darf es zu weiteren Eingriffen in das Gremberger Wäldchen kommen. Auf der Aktion am 15.6. waren neben dem Fraktionsgeschäftsführer Hans Günter Bell auch Angela Bankert aus dem Verkehrsausschuss vertreten.



# Aus den Bezirken

## Chorweiler

### Klaus Hebert-Okon folgt auf Klaus Roth

Durch den viel zu frühen Tod von Klaus Roth folge ich ihm als Nachrücker auf der Liste in die Bezirksvertretung.

Ich bin Rentner und habe früher als Starkstromelektriker gearbeitet. Seit 1980 war ich im Betriebsrat, erst bei Bayer, später bei Currenta. 45 Jahre lang habe ich Gewerkschaftsarbeit gemacht. Bei ver.di war ich 2010 bis 2018 Vorsitzender des Bezirks Rhein-Wupper.

Im Bezirk Chorweiler wohne ich seit 1987. Es ist ein spannender Bezirk, der aber auch viele Herausfor-



Klaus Hebert-Okon  
Foto: Knut Lennart Scholz

derungen bietet. Die nehme ich gerne an.

Menschen aus über 50 Nationen wohnen in Chorweiler. In den Sozialräumen gibt es überdurchschnittlich viele arme Menschen. Ich möchte besonders daran mitarbeiten, das Leben dieser Menschen zu verbessern. Dazu stehen die Politikfelder Wohnen und Mobilität ganz oben auf meiner Agenda.

Wir müssen Druck auf die Besitzer der teils maroden Hochhäuser ausüben. Ohne Investitionen und Sanierung kann das Wohnumfeld der Bewohner\*innen nicht verbessert werden. Außerdem kämpfe ich gegen den Bau neuer Hochhäuser in Chorweiler.

Für eine gute Mobilität braucht es sowohl viele neue Querverbindungen zwischen den Stadtteilen als auch die Weiterführung bestehender Bahnlinien. Das kann nur finanziert werden, wenn die Ost-West-Verbindung in der Innenstadt auf den Tunnel am Neumarkt verzichtet.

Die bestehende Fraktion in der

Bezirksvertretung zwischen dem Vertreter der Linken und der parteilosen Lilo Heinrich werde ich fortsetzen.

## Ehrenfeld

### Venloer Straße soll schöner werden

Die Venloer Straße zwischen Gürtel und Innerer Kanalstraße bleibt ständiger Tagesordnungspunkt der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Die Stadtverwaltung führte zwei Workshops zur Gestaltung der Straße mit den Anwohnenden und den dort vertretenen Geschäftsleuten durch, in denen Vorschläge für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität entwickelt wurden. Dazu gehört z.B. die Entsiegelung eines Teils der Parkplätze, Fassadenbegrünung, mehr nichtkommerzielle Sitzgelegenheiten und Treffpunkte. Ein Workshop, zu dem IHK, Handwerkskammer und Verwaltung alle Geschäftsleute an der Venloer eingeladen hatte, war mit nur sechs Teilnehmenden eher schlecht besucht. Dabei ging es vor allem um den Lade- und Lieferverkehr. Die Wirtschaftsfahrzeuge halten zwar nicht mehr auf den Fahrradstreifen, aber auch kaum in den dafür vorgesehenen Parkboxen, sondern auf der Straße. Sie behindern die Sichtachsen für Fußgänger und zwingen die anderen Kraftfahrzeuge zum Schlangenlinienfahren.

Die Ergebnisse aller Workshops sollen zeitnah ausgewertet werden und die Verwaltung prüft, welche Umgestaltungen schnell und mit geringen Mitteln umgesetzt werden können.

Ein Konfliktpunkt ist nach wie vor die Zunahme des Verkehrs stadtauswärts auf den Parallelstraßen, insbesondere auf der Vogelsanger Straße und der Abbiegeverkehr von der Venloer in die Piusstraße, um auf die Vogelsanger Straße zu kommen. Die Verkehrszählung hat ergeben, dass der Verkehr auf der Vogelsanger Straße noch immer nicht die Verkehrsströme des Jahres 2016 erreicht hat. Die Vogelsanger war wegen des Umbaus von 2019 bis 2022 sehr verkehrssarm, der KFZ-Verkehr fuhr vorwiegend über die Venloer Straße. Für die Piusstraße beschloss die Bezirksvertretung, dass die Einbahnstraße umgedreht werden soll, bei Enthaltung der Linken. Die Verwaltung hatte darauf hingewiesen, dass mit der Umkehr der Einbahnstraße die Piusstraße zu einer durchgehenden ampelfreien Verbindung von der Aachener Straße bis zur Venloer Straße wird. Der Antrag der Grünen, das Linksabbiegen auf der Venloer Straße vom Bahnhof West stadtauswärts zu ermöglichen, wurde zugunsten eines Fachgesprächs vertragen. Dort soll die Gesamtsituation – kein Linksabbiegen auf die Vogelsanger Straße, Linksabbiegespur zur Venloer Straße, Linksabbiegerschwenk zur Subbelrather Straße erörtert werden.

Ulrike Detjen



Unser Ziel ist eine autofreie Kalker Hauptstraße. Das hat Die Linke am 16. Juni beim Trimbornstraßen-Fest bekräftigt. Trotz Regen konnten wir gute Musik und lecker Essen genießen. Die Fraktion war neben den Geschäftsführern Michael Weisenstein und Hans Günter Bell mit der Fraktionssprecherin Güldane Tokyürek und den Mitarbeiter\*innen HP Fischer und Isabel Gerken vertreten.

# Aus den Ausschüssen

## Sport

### Sport und Nachhaltigkeit

Ein gemeinsamer Antrag von Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt und der Ratsgruppe Klimafreunde & Gut wollte, dass die Stadt das Positionspapier „Sport gehört in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ unterzeichnet. Er wurde gegen die Stimmen der AfD beschlossen. Die Linke hatte das vorgeschlagen. Unter Federführung der Bundesregierung werden alle vier Jahre die deutschen Nachhaltigkeitsziele überarbeitet, die sich auf die 17 Sozialen Entwicklungsziele (SDGs) der UN beziehen. Sport und Bewegung sind weder in diesen globalen Nachhaltigkeitszielen noch in den bundesdeutschen Definitionen und den über hundert Konkretisierungen enthalten.

Mit der Unterstützung dieses Positionspapiers unterstützen wir auch eine Kernaussage: „Nicht zuletzt leistet der Sport einen wesentlichen Beitrag zum gesunden Wohlergehen.“ Er stärkt auch die soziale Gerechtigkeit.

Bewegung und Sport sind unmittelbar nachhaltig, nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Im Sportausschuss bemühen wir uns, sektorübergreifend und nachhaltig zu handeln. Wir setzen uns für Sportstätten ein, die vielfältig genutzt werden können; für unterschiedliche Sportarten; aber auch für unterschiedliche Personengruppen, z.B. Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung.

Die kommunalen Mittel sind begrenzt. Eine Eintrittskarte ins Schwimmbad wird mit 8 Euro bezuschusst. Dieser Betrag ist allerdings im Gegensatz zur Hochkultur wie einer Opernkarte überschaubar. Jörg Detjen

## Sozialausschuss

### JobCenter in Zukunft nur noch an zwei Standorten

In der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 6. Juni wurde im Monatsbericht die Schließung vieler Standorte in den Stadtbezirken angekündigt:

*„Das Jobcenter Köln ist in neun angemieteten Liegenschaften untergebracht. Bis zum Jahr 2026 laufen in mehreren Liegenschaften die Mietverträge aus. Dies und auch die Haushaltssituation des Jobcenter Köln erfordern, über eine Neustrukturierung aller Liegenschaften nachzudenken. Aufgrund der Entwicklung der Index-Mieten und vor allem der Energiekosten plant das Jobcenter eine Konzentration auf nur noch zwei Standorte für die rund 1600 Beschäftigten - einen auf jeder Rheinseite.“*

*Dies bietet einerseits hohes Einsparpotential bei den Mietflächen und gleichzeitig ermöglicht die Konzentration der Mitarbeiter\*innen an nur zwei Standorten ein verbessertes Dienstleistungsangebot für Kund\*innen. Darüber hinaus prüft das Jobcenter ergänzende Beratungsangebote in den Quartieren.“*

Auf Anfrage der Linken erklärte die Stadt Köln, die zu 50 % Träger des JobCenters Köln ist, dass sie diesen Kurs unterstützt. Auch SPD und Grüne halten die Konzentration auf zwei Standorte für richtig. Dieser Kurs ist auch mit dem JobCenter-Beirat und dem Personalrat abgestimmt. Alle gehen davon aus, dass die Online-Beratung zunehmen wird.

Die Standortschließungen werden aber dazu führen, dass viele Menschen abgehängt werden. Die persönliche Beratung vor Ort ist unverzichtbar. Das JobCenter wird auch keine kleinen Anlaufstellen ein-

richten, erklärte das JobCenter auf Anfrage der Linksfraktion. Das Ganze läuft darauf hinaus, dass die Beratung in die Vor-Ort-Büros der Wohlfahrtsverbände und anderer Beratungsstellen abgeschoben wird. Jörg Detjen

## Soziales

### Kölner können 2024 ca. 90 Mio. € Wohngeld erwarten

Die Stadt Köln hat bis zum 2. Juni dieses Jahres bereits Wohngeldbescheide im Wert von 40,7 Mio. Euro angewiesen. Im Jahre 2022 waren es in diesem Zeitraum lediglich 14 Mio. Euro. Nach der Wohngeldreform hat sich diese Summe fast verdreifacht. Auf das ganze Jahr 2024 hochgerechnet beträgt die Auszahlungssumme voraussichtlich 90 Mio. Euro.

Das ist ein stattlicher Betrag. Leider fließen diese Mittel über die hohen Mietkosten faktisch an Wohnungsbesitzer und kommen damit nicht der Allgemeinheit zu gute. Der richtige Weg wären niedrige Mieten und mehr Investitionen in Wohnungsbau. Mit 90 Mio. Euro könnte man auch in Köln einige Wohnungen bauen.

Wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass die Kölnerinnen und Kölner das Wohngeld nutzen. Gleichzeitig werden wir aber auch die hohen Mieten und die geringen Einkommen kritisieren, aber auch die zu geringe Zahl der gebauten Wohneinheiten. Leider gibt es aktuell immer noch über 13.000 nicht bearbeitete Wohngeldanträge bei der Stadt Köln. Jörg Detjen



*Mehr 5.000 Menschen demonstrierten gegen den Kreisparteitag der Kölner AfD in Widderdorf. Die vielen Schülerinnen, Schüler und Eltern waren empört, dass der Parteitag in ihrem Gymnasium Neue Sandkaul stattfand. Es gab eine laute Kundgebung mit prominenten Gruppen wie Kasalla und Planschemalöör, teilweise auch Blockadeaktionen.*



## Zur Kritik an der Beschlussvorlage Ost-West-Achse

# Alles spricht für oberirdisch

Ausgangspunkt für das ganze Projekt war die Erhöhung der Beförderungskapazität auf der Ost-West-Achse. Doch der Tunnel bringt keinerlei Kapazitätserhöhung gegenüber der oberirdischen Lösung. Das können auch die Tunnel-Befürworter nicht bestreiten und schieben wohl darum andere Aspekte in den Vordergrund: Stadtraum-Entwicklung, Störungen des Bahnverkehrs, bis hin zu Karneval und CSD.

### Die meisten Kriterien sprechen für oberirdisch

Die tabellarische Darstellung des Kriterienkatalogs ist von der Verwaltung mittlerweile nachgebessert worden. Zuvor fehlten entscheidende Kriterien wie Baukosten, Bauzeit, Archäologie. Alle Nutzen-Aufwand-Kriterien zusammen ergeben quantitativ 24:20 zugunsten der oberirdischen Lösung.

Themenbereiche, die eher zugunsten des Tunnels ausgehen, sind zu mehreren Kriterien aufgeblasen: 8 Kriterien zur Stadtraum-Entwicklung und 5 zu den Querungsverkehren. Anders als die Verwaltung behauptet gibt es für die Auswahl dieser konkreten 13 Kriterien keine Aufträge aus früheren Ratsbeschlüssen.

Außerdem müssen die Kriterien natürlich auch gewichtet werden. Dies hat die Verwaltung explizit nicht vorgenommen, es sei Sache der Politik. So liegt

auf der Hand, dass die „Blickbeziehungen“ zu historischen Gebäuden wie dem Hahnenort nicht genauso schwer wiegen wie etwa die Barrierefreiheit.

Fazit: Quantitativ, und erst recht qualitativ sprechen die Entscheidungskriterien für oberirdisch.

### Kosten und „bis zu 95 % Fördergelder“

Die Baukosten der Tunnelvariante liegen jetzt schon bei 1,4 Mrd. Euro brutto, die oberirdische Variante bei nur 220 Millionen Euro.

Die Fördermittel beziehen sich

immer nur auf die veranschlagten Kosten bei Baubeginn. Spätere Kostensteigerungen, die absolut sicher sind, bleiben überwiegend bei der Stadt hängen.

Bei der Nord-Süd-Stadtbahn stieg der städtische Eigenanteil - OHNE die Kosten des Stadtarchiv-Unfalls - von 55 Millionen Euro auf über 1 Milliarde Euro an.

### Fahrtzeit ist nicht gleich Kunden-Reisezeit

Auch unter den günstigsten Annahmen - z.B. 55-70 km/h Geschwindigkeit im Tunnel - ergibt sich nur ein Fahrtzeitgewinn von 3 bis 4 Minuten. Davon haben nur diejenigen Fahrgäste etwas, die über die Innenstadt hinausfahren wollen.

Wer in der City aus- und einsteigt wie die meisten Fahrgäste muss bis zu 4 Tiefetagen überwinden. Jeder mögliche Zeitgewinn ist damit wieder hinfällig.

### Stadtraum-Entwicklung und Querungen

Durch die Tunnelrampen entstände eine drastisch verschärfte Trennwirkung am Heumarkt sowie im Mauritiusviertel.

Auch bei der oberirdischen Variante werden Autoverkehr und Parkplätze im Seitenraum drastisch reduziert, die Auto-Umfahrung um den Neumarkt unterbunden und der Platz an das Aposteln-Viertel angeschlossen.

Das reduziert auch Störungen und Unfälle bei der Stadtbahn auf dem Stück zwischen Heumarkt und Moltkestraße, die laut Polizei zu 50 % vom Autoverkehr verursacht werden. Der Abschnitt ist auch kein Unfallschwerpunkt.

Eine attraktive Gestaltung des Neumarkts ist möglich, erst recht wenn die Variante 8.2. mit versetzten Haltestellen zum Zug kommt. Die Straßenzüge im Innenstadtabschnitt können boulevard-ähnlich gestaltet werden. Straßenbündige Haltestellen mit grünen Gleisen sind

leicht zu queren und bilden stadträumlich keine Blockaden. Stadtbahnen müssen in dem kurzen Innenstadtabschnitt langsamer fahren. Ein Miteinander von Bahn-, Rad und Fußverkehr ist möglich, wie man in vielen anderen Städten wie Freiburg, Augsburg, Zürich sieht.

### Bauzeit

Die angegebene Tunnelbauzeit ist massiv geschönt. Die Archäologische Denkmalpflege schätzt den Zeitraum für die Bergung der zahlreichen und vielfach sehr wertvollen Bodendenkmäler auf 10 Jahre.

Und die Verwaltung schätzt die Gesamtbauzeit auf 10-12 Jahre! Das hat bei der Nord-Süd-Bahn schon nicht funktioniert und ist einfach nur dreist. Tatsächlich wird die Innenstadt voraussichtlich für zwei Jahrzehnte aufgerissen, mit entsprechenden Kollateralschäden für Handel und Gastronomie.

### Treibhausgasemissionen

Für den Bau des Tunnels gibt die Verwaltung 283.000 t CO<sub>2</sub> Emissionen an, mit angenommenem technischen Fortschritt weniger.

Köln hat den Klimanotstand ausgerufen und will bis 2035 klimaneutral sein. Die Emissionen fallen vor und während der Bauzeit an, und nicht über den Lebenszyklus eines Tunnels von 80-100 Jahren. Damit würden die Klimaziele gerissen.

### Personalressourcen

Käme der Tunnel, wären enorme Personalressourcen gebunden, die für eine echte Verkehrswende dringend gebraucht werden. Schon jetzt werden viele Beschlüsse aus Personalmangel nicht umgesetzt.

Allein bis zur Planungsphase LP6 werden laut Verwaltung 28 zusätzliche Stellen benötigt, von denen erst 5 besetzt sind. Ein dramatisch höherer Personalbedarf entsteht aber während der Bauzeit. Jüngst teilte die Verwaltung mit, man könne die Verlängerung der Linie 13 zum Rhein personell leider nicht stemmen. Umso absurder ist es, an den Tunnelplänen festzuhalten.

Angela Bankert



**Festanstellungen sind sozial, Gebührenerhöhungen nicht**

## **Konsequenzen aus dem Herrenberg-Urteil**

Vor Kurzem hat ein Gericht festgestellt, dass die gängige Praxis, Lehrer\*innen von Bildungsträgern als Honorarkräfte zu beschäftigen, illegal ist. Das gilt auch für die Rheinische Musikschule und die Volkshochschule. Der Rat hat jetzt die Umwandlung der Beschäftigungsverhältnisse an der Musikschule in Festanstellungen beschlossen.

Wir begrüßen das. Aber für die entstehenden Mehrkosten müsste wäre das Land in der Pflicht. Stattdes-

sen jetzt die Nutzer über höhere Gebühren zahlen. Denn die Gebühren werden um durchschnittlich 20 % - das ist ein Fünftel! - erhöht!

Grüne und CDU argumentierten, dass die Gebührenerhöhung hauptsächlich Erwachsene trifft. Außerdem wird der Einzelunterricht (bei Kindern) stärker belastet als Gruppen. Doch die soziale Schieflage lässt sich nicht wegdiskutieren.

Die 50 %-Ermäßigung für Köln-Pass Besitzer\*innen bleibt zwar.

Doch wenn die Grundbeträge steigen, steigt auch ihre Gebühr.

Noch deutlicher wird das Unsoziale bei JeKits. Dieses Projekt soll armen Kindern ermöglichen, ein Instrument zu lernen. Doch Eltern zahlen im dritten und vierten Schuljahr bereits 4,60 Euro mehr im Monat und auch die Überlassungsgebühr für ein Instrument steigt um 4 bis 5 Euro monatlich!

Die Linke hat deshalb nicht zugestimmt. Heiner Kockerbeck

## **AG Linke Internationale stellt sich vor**

Voraussichtlich Ende September nächsten Jahres finden die Kommunalwahlen und die Wahlen für die Integrationsräte statt. Alleine in Köln haben über 42 % der Einwohner\*innen eine internationale Familiengeschichte, aber diese findet in den politischen Gremien und bei den Entscheidungen über ihr Leben kaum Repräsentanz.

Wir als Die Linke wollen Menschen mit internationaler Familiengeschichte aktiv mehr einbinden, um gemeinsam ein offeneres und sozialeres Köln zu schaffen. Hierzu haben wir Ende April wichtige Entscheidungen getroffen, um die Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte deutlich zu erhöhen. Die nächste Gelegenheit hierzu ist das Wahljahr 2025, was wir gemeinsam nutzen wollen.

Die Kreismitgliederversammlung hat bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit wichtige Beschlüsse gefasst. Die Linke Köln wird für je drei Plätze auf der Ratsreserve-liste immer mindestens eine Person mit internationaler Familiengeschichte aufstellen. Bei den Direktkandidierenden für den Stadtrat strebt sie an, dass 40 % der Direktkandidat\*innen Menschen mit

Die AG Linke Internationale wurde vor über 3 Jahren gegründet und soll ein Raum sein, in dem sich Mensch mit und ohne migrantische Geschichte kennenlernen und vernetzen, aber auch sich gemeinsam politisch für die Interessen migrantischer Menschen einsetzen können: Sei es in der Partei, in der Ratsfraktion oder den Bezirksvertretungen, aber auch in der Stadtgesellschaft. Dabei wollen wir auch mit demokratisch gesinnten migrantischen Selbstorganisationen zusammenarbeiten. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. Ziel ist es in erster Linie, die Partizipation und Teilhabe der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der Gesellschaft und in den politischen Gremien zu stärken und somit direkt und indirekt gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung gemeinsam vorzugehen. Dabei kämpfen wir auch gegen den innermigrantischen Rassismus zwischen Migrant\*innen.

internationaler Familiengeschichte sind; bei den Wahlen zu den Bezirksvertretungen sollen mindestens die Hälfte der Kandidierenden eine internationale Familiengeschichte haben. Darüber hinaus wird die AG Linke Internationale für die zeitgleich stattfindenden Integrationsratswahlen einen Vorschlag für eine Liste mit migrantischen Kandidierenden der im Frühjahr 2025 stattfindenden Wahlversammlung unterbreiten.

Als erste Schritte zu mehr Partizipation und Teilhabe plant die AG Linke Internationale demnächst mehrere Workshops, um die Migrant\*innen zu empoweren, sich in die

Entscheidungsprozesse hier mehr einzumischen. Wir streben an, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte mehr über linke (Kommunal)-Politik erfahren, aber auch ihre Themen und Erfahrungen in die Politik einbringen. Hierzu wollen wir ihnen in einer Workshop-Reihe die Kommunalpolitik näherbringen. Wir wollen aber auch erfahren und zuhören, warum sich wenige Menschen für die Politik vor Ort interessieren; wie man insbesondere migrantische Menschen empoweren kann, an den Entscheidungen, die auch unmittelbar ihr Leben hier betreffen, mitzuwirken und wie man sie dafür begeistern kann. Neben der Workshop-Reihe wird es dafür eine 1:1-Begleitung durch Lokalpolitiker\*innen der Linken.Köln geben. Wir rufen alle Genoss:innen auf, sich für diese Ziele einzusetzen und in ihrem Bekanntenkreis Leute anzusprechen, sich bei der AG LI einzubringen.

Vedat Akter

# Ratsbündnis drückt sich erneut vor Entscheidung zur Gesamtschule Neubrück

Zum zweiten Mal nach 2022 hat die Verwaltung eine Vorlage erstellt, die schlüssig begründet, warum die Hauptschule in Neubrück geschlossen werden kann, um dort eine Gesamtschule zu gründen.

In der Debatte wurden gegen die Gesamtschule überaus schwache Gründe ins Feld geführt, die bei anderen neuen Schulen so nicht gelten. Grüne, CDU und FDP sagen, die Verkehrsanbindung sei für Neubrück zu schlecht, um dort eine Gesamtschule anzusiedeln. Nach den Schulanmeldungen 2024 gibt es aber aus Neubrück 98 Kinder, die den Stadtteil für den Besuch der weiterführenden Schule verlassen müssen, meist mit dem öffentlichen Nahverkehr. Den 98 Kindern wird also zugetraut, dass sie meist mit „Öffis“ nach Holweide, Dellbrück, Höhenberg, Brück oder bis in die Innenstadt nach Sülz und Ehrenfeld zu ihrer neuen Schule fahren. Aber in umgekehrter Richtung nach Neubrück in die Gesamtschule sollten unüberwindliche Probleme mit der Verkehrsanbindung bestehen? Das ist wohl ein schlechter Witz!

Es gibt großen Bedarf an einer Gesamtschule in Neubrück. Aus Neubrück und den benachbarten Stadtteilen Merheim, Ostheim, Brück werden ab Herbst über 100 Kinder verschiedene Gesamtschulen besuchen - allein aus Neubrück 32 Kinder. Die Katharina-Hennoth-Gesamtschule in Höhenberg ist überlastet. Die meisten Kids gehen deshalb an Schulen im Bezirk Mülheim.

Die Folge: In den Bezirken Kalk und Mülheim fehlen in diesem Jahr 322 Plätze an Gesamtschulen! Dort abgelehnt, müssen die Kinder notgedrungen auf Schulen des dreigliedrigen Systems ausweichen. Auch um die Gesamtschulen im Bezirk Mülheim zu entlasten, ist eine Gesamtschule in Neubrück dringend nötig.

Die Menschen im Rechtsrheinischen sind in den letzten Monaten längst für eine Gesamtschule mobilisiert. Über 2400 Menschen haben die Forderung des Bürgervereins Neubrück unterschrieben. Der alternative Ehrenbürger der Stadt,

Pfarrer Meurer hat sich öffentlichkeitswirksam für die Gesamtschule positioniert. Als Die Linke auf den Märkten der Schäl Sick Unterschriften gesammelt hat, haben die Menschen in Massen unterschrieben. Diese Stimmen dürfen wir nicht ignorieren! Politik im Rat wird nicht nur für die Innenstadt und linksrheinische gutbürgerliche Stadtteile gemacht.

Seit mehreren Jahren arbeiten Schul- und Bauverwaltung im Rahmen der „Stärkungspakete“ daran, dass im Jahr 2025 zwei Gesamtschulen im Stadtbezirk Kalk starten. Denn diese beiden werden dort dringend gebraucht.

Aber kürzlich musste die Verwaltung bekanntgeben: Für 2025 wird es nur mit einer von den beiden klappen. Die eine muss dazu auch noch in Deutz, im Gebäude des neuen Gymnasiums, provisorisch starten. Die zweite geplante Gesamtschule könne dann frühestens 2033 ihre Tore öffnen. In dieser Notlage ist es wenigstens konsequent, wenn die Verwaltung sagt: Wir gründen die zweite Gesamtschule für den Bezirk Kalk jetzt in Neubrück.



*Demonstration der Initiative für eine Gesamtschule in Neubrück am 10. Juni vor dem Schulausschuss. Heiner Kockerbeck unterhält sich mit den Demonstrant\*innen.*

Wer im Ratsbündnis den Anspruch hat, wirklich viele Schulplätze an Gesamtschulen und für die Inklusion zu schaffen - wie immer beteuert wird -, müsste doch auch sehen: Eine Gesamtschule am Helene-Weber-Platz in Neubrück schafft Schulplätze für 108 Kinder je Jahrgang gegenüber 72 an der Hauptschule. Und auf diese 72 Plätze gab es 2024 wieder einmal nur 19 Anmeldungen.

Bei aller guten Arbeit der Kollegiums an der Hauptschule: Wenn die Anmeldungen unter 18 fallen, muss die Stadt Köln die Schule aus gesetzlichen Gründen schließen.

Die Devise von Grünen, CDU und FDP heißt aber offenbar: Probleme im Schulsystem Kölns auszusitzen. Zum zweiten Mal wird die Entscheidung um ein Jahr nach hinten geschoben, um dann 2025 noch einmal die Lage neu zu diskutieren.

Langjährige deutliche Veränderungen im Wahlverhalten der Eltern werden ignoriert. In diesem Jahr wählten wieder nur 3 % der Eltern und Kinder in Köln eine Hauptschule. Insgesamt wurden an Hauptschulen und Realschulen zusammen 1.160 Plätze von Februar bis Mai nicht besetzt. Das ist eine unglaubliche Zahl: 1.160 Schulplätze, während an Gesamtschulen und Gymnasien Kinder abgelehnt werden.

Das ist eine unverantwortliche Verschwendung an städtischen Ressourcen. Und es zeigt: Das dreigliedrige Schulsystem ist in einer Krise. Haupt- und Realschulen verlieren an Boden.

Das im Rat regierende Bündnis von Grünen und CDU und Volt ist damit erneut entscheidungsunfähig. Es bewirkt Stillstand statt nötiger Veränderung. Allerdings macht nun Volt da nicht mehr mit. Es hat ebenfalls gegen den Verzögerungs- bzw. Verhinderungsantrag von Grünen, CDU und FDP gestimmt. Leider haben die Stimmen der Linken, SPD, Volt, Die FRAKTION und des Einzelmandatsträgers Thor Zimmermann nicht gereicht, um den Gesamtschulstillstand in Neubrück zu beenden.

Heiner Kockerbeck







## Neue Sachkundige Einwohnerinnen in Ausschüssen

### Joanna Dommnich Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün



Ich bin 34 Jahre alt und wohne mit meiner Familie im schönen Nippes. Ich bin 2011

nach Köln gezogen, um hier Medizin zu studieren.

Während meines Studiums habe ich mich viel in der Hochschulpolitik engagiert, unter anderem als Ökologiereferentin im AstA (Allgemeiner Studierendenausschuss). Zudem war ich aktiv in verschiedenen Hochschulgruppen, z. B. bei den Kritischen Medizinstudierenden, wo wir uns unter anderem mit Themen wie Armut und Gesundheit auseinandergesetzt haben.

Seit Abschluss meines Studiums war ich 1 Jahr lang im Gesundheitsamt tätig, habe in der Lehre in der Krankenpflegeausbildung gearbeitet und bin nun seit mehr als 3 Jahren als Ärztin in einer Klinik tätig.

Mitglied in der Linken bin ich seit 2018, aktiv im Ortsverband Nord seit 2022. Für den Umweltausschuss habe ich mich beworben, weil die Klimakrise für mich die zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit ist. Denn es leiden jetzt schon die Menschen am meisten unter den Folgen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Ich möchte mich deshalb dafür einsetzen, dass die ökologische Wende sozialgerecht gestaltet wird.

### Wiebke Beushausen Unterausschuss Wohnen



Ich bin 41 Jahre alt und arbeite im Forschungsmanagement der Universität Köln. Seit 2021 wirke

ich bei der Linken im Kölner Norden mit, wohne aber erst seit knapp zwei Jahren in der Stadt in Nippes. Davor

habe ich in Heidelberg promoviert und in Berlin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung gearbeitet.

Über die Ernennung zur sachkundigen Einwohnerin im Unterausschuss Wohnen habe ich mich sehr gefreut, weil mir das Thema sehr wichtig ist und der Bereich sehr viele Möglichkeiten bietet, aktiv zu werden. Es ist eines der Kernthemen und Handlungsfelder der Linken, in denen wir einen Unterschied mit unserer Forderung nach bezahlbarem Wohnraum machen, und in dem uns die Menschen brauchen. Am Herzen liegt mir die Schaffung von mehr sozialem Wohnraum und der Erhalt von Frauenhäusern und anderer Schutzräume.

Das Recht auf Wohnraum ist ein Menschenrecht; Wohnraum darf keine Spekulationsware sein. Darum bin ich auch dafür, für die Einführung eines Mietendeckels zu kämpfen, wie er in Berlin versucht wurde, auch wenn das letztendlich nicht auf kommunaler, sondern auf Bundesebene entschieden wird. Allianzen bilden und Mieter\*innen organisieren, da könnten wir noch mehr machen. Und natürlich drücke ich uns die Daumen, dass für Nippes eine soziale Erhaltungssatzung ausgesprochen wird.

### Yesim Yesil-Bal Finanzausschuss



Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe 2 Kinder im Schulalter. Im Moment arbeite ich als Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro unseres Kölner Bun-

destagsabgeordneten Matthias W. Birkwald. Studiert habe ich Politikwissenschaften, Soziologie und Pädagogik in Bonn.

Ich möchte im Finanzausschuss mitarbeiten, weil für mich Verteilungskämpfe der zentrale Schauplatz von Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft sind. Die Erzählungen der Rechten machen Migranten und Arme dafür verantwortlich, dass viele Menschen jetzt weniger Geld zur Verfügung haben. Auch der deutsche Städtetag wiederholt diese „Das Boot ist

voll“-Rhetorik. Dass Steuerflüchtlinge mehr Kosten verursachen als alle Asylbewerber in Deutschland zusammen, spielt dagegen in der Diskussion keine Rolle. Auch das Festhalten an der Schuldenbremse erzeugt Druck bis hinunter in die Kommunen. Das wird oft ignoriert.

Die Probleme der Menschen in und um Köln erlebe ich durch meine Sozialberatung im Wahlkreisbüro, aber auch in der Nachbarschaft unmittelbar. Meine zahlreichen Erfahrungen zeigen: Dass Menschen in die Sozialsysteme einwandern oder Arbeit verweigern, ist rechte Propaganda und kommt in der Wirklichkeit nicht vor. Armut kann jeden treffen! Der Einsatz dafür, die Errungenschaften des Sozialstaates zu erhalten, liegt mir sehr am Herzen.

### Eva Caspers Ausschuss für Schule und

#### Weiterbildung

Ich bin 39 Jahre alt, wohne in Volkhoven und arbeite in Chorweiler als Lehrerin (Deutsch, Philo, Ge-



schichte) an der Heinrich-Böll-Gesamtschule.

Schon seit vielen Jahren bin ich mit Leidenschaft gewerkschaftlich aktiv. Ich engagiere mich z.B. im geschäftsführenden Vorstand der GEW Köln und bin außerdem die Vorsitzende der Bezirksfachgruppe für Gesamtschulen, sowie Mitglied des Bezirkspersonalrats für Gesamtschulen/Sekundarschulen Köln.

Seit dem Studium waren soziale Arbeit und insbesondere auch antirassistische Bildungsarbeit weitere Schwerpunkte, die mir sehr am Herzen liegen. Für Bildungspolitik habe ich mich daher schon immer interessiert, und das lässt sich durch die Mitarbeit im Schulausschuss sinnvoll weiter vertiefen.

Ich bin gespannt darauf auszuloten, wie Schulen kommunal gesteuert werden können und habe richtig Lust auf die Arbeit im Ausschuss! Ich danke auch für das mir entgegen gebrachte Vertrauen und freue mich sehr auf die Zusammenarbeit!

# Grüne, CDU, Volt machen den Großmarkt platt!

„Der Großmarkt muss weichen“, sagten die Grünen in der Debatte um die Zukunft des Großmarktes. Volt brachte es auf den Punkt: Der Großmarkt sei eine „Belastung für den Haushalt“ der Stadt Köln.

Linke, SPD und FDP hatten in einem gemeinsamen Antrag gefordert, die Pachtverträge am jetzigen Standort von 2025 bis 2030 zu verlängern, damit in Marsdorf ein neuer Großmarkt entstehen kann. Der Antrag wurde mit 49 zu 35 Stimmen abgelehnt.

Die Stadt und die derzeitige Gestaltungsmehrheit wollen in Zukunft keinen Cent und kein Grundstück für einen Großmarkt hergeben, der diese Bezeichnung auch verdient. Alle Fachleute sagen, ohne öffentliche Mittel oder Grundstücke ist ein Großmarkt nicht möglich. Dass die finanziellen Mittel begrenzt sind, ist uns völlig klar. Aber warum wird noch nicht einmal der Status Quo festgeschrieben: Eine Mio. Euro im Jahr und ein Grundstück von 14 ha

als Angebot an die Markthändler? Nichts dergleichen kommt von der Oberbürgermeisterin, der CDU, Grünen und Volt. Das ist unanständig!

Die Versorgung mit gesunden und regionalen Produkten darf nicht einer Handvoll Lebensmittelkonzernen überlassen werden. In Köln würde dies einen weiteren Ausbau der ohnehin bestehenden Monopollage von REWE bedeuten und das Ende der Wochenmärkte zur Folge haben. Darunter werden Menschen mit wenig Einkommen leiden, die ohnehin immer weniger übrig haben für gesunde und gute Lebensmittel.

Die Linke, SPD und FDP unterstützen mit dem Antrag auch die Aktivitäten des Kölner Ernährungsrates, der einen Großmarkt in der Rheinschiene fordert.

Gesunde Ernährung wird in den nächsten Jahren ein großes Thema werden. Mit gesunder Ernährung könnte man langfristig den Anstieg der staatlichen Sozialkosten

begrenzen. Gesundheit, Bewegung, Selbstständigkeit, Anerkennung und Bildung sind eng miteinander verbunden, und gesunde, selbstgemachte Nahrung ist ein Schlüssel für diese Zukunft.

Wir Linken haben diesen Antrag gestellt, weil wir der Meinung sind, dass wir endlich ein klares Bekenntnis zum Großmarkt brauchen. Nachdem der FC nicht nach Marsdorf geht, wäre es möglich, den Großmarkt sogar wieder auf dem größeren Gelände anzusiedeln. Unsere Fraktion wird sich weiterhin dafür stark machen, dass Köln einen zukunftsfähigen und nachhaltigen Großmarkt mit frischer und idealerweise regionalen Produktvielfalt hat. Dies ist wichtig für die Ernährungssicherheit und die Versorgung der Gastronomie und größerer Bevölkerungsschichten, die sich die Einkäufe bei Rewe und Edeka nicht leisten können.

Vedat Akter,  
Jörg Detjen

## Nachruf auf Wolfgang Lindweiler

Als die PDS 1999 erstmals mit zwei Personen in den Kölner Stadtrat gewählt wurde, gehörte Wolfgang von Anfang an zum Team der Unterstützer. Als Teil der erweiterten Fraktion im Mittwochskreis beriet er die Fraktion und bestimmte ihren Kurs mit. Er wirkte dort nicht polarisierend, sondern suchte in Konflikten immer einen tragfähigen Kompromiss, was ihm oft auch gelang.

Er war immer umfassend informiert, egal ob es um die große Bundespolitik oder das Klein-Klein in der Kommunalpolitik ging. Er brachte auch ein profundes Wissen in linker Theorie mit.

Seine Redebeiträge waren immer lang. Das lag daran, dass er Probleme bis in jeden noch so kleinsten Aspekt durchdachte. Hier merkte man ihm sein Philosophiestudium an. Dabei ging es ihm nie um sein persönliches Fortkommen, um

Recht haben oder um Ruhm: Er war zufrieden, wenn unsere Positionen stringent waren, wenn wir ein Problem im Sinne der Gerechtigkeit gelöst hatten.

Seinen Intellekt setzte er nie als Waffe ein. Er kümmerte sich gerade um neue Mitglieder in der Partei und Fraktion, ließ sie an seinem Wissen teilhaben und ermutigte sie, Aufgaben zu übernehmen.

Er gehörte für

Die Linke aktuell dem Unterausschuss Regionales an, vertrat uns von 2014 bis 2020 im Wirtschaftsausschuss und war von 2004 bis 2009 Bezirksvertreter in Porz. Er übernahm unermüdlich Aufgaben für Partei und Fraktion, egal ob es sich um Texte entwerfen oder Wahlkampfgespräche an Infoständen handelte. Oft kamen dabei seine

Hobbys, u. a. klassische Musik und Schach spielen, zu kurz.

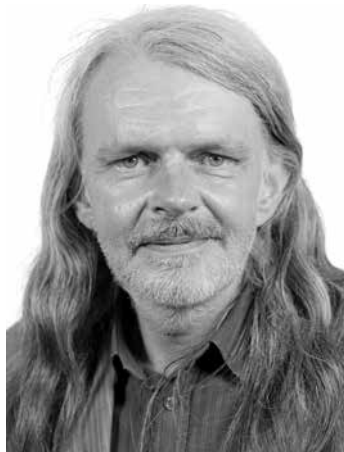
Sein Weg führte ihn von einer Schülerinitiative zu den Berufsverbänden zunächst in die Unipolitik. Als Mitglied der Alternativen Liste war er AStA-Vorsitzender.

1994 trat er schließlich in die PDS ein und wurde dort und später in der Linken ein stets aktives Mitglied.

Seinen beruflichen Platz fand er als Wahlkreismitarbeiter von Bundestagsabgeordneten der PDS bzw. der Linken. Ulla Lötzer, Paul Schäfer und zuletzt Matthias W. Birkwald konnten sich auf seinen Einsatz und seine Expertise verlassen. Dort kümmerte er sich auch um Menschen mit sozialen Problemen, denen er mit Rat und Tat zu helfen versuchte, auch in Kooperation mit der Stadtratsfraktion, wenn nötig.

Wolfgang starb in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni an einer Krebserkrankung.

Wir werden Wolfgang schmerzlich vermissen, politisch genauso wie menschlich.





# TERMINE

## Juli bis September

**Antifeminismus eine politische Agenda. Ausstellung im des NS-Dokumentationszentrum** der Stadt Köln, Appellhofstr.23-25. Öffnungszeiten bitte im Internet nachsehen.



## Sa., 13. Juli

**„Das Junge Museum“**, Infoveranstaltung des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. 14 Uhr, Appellhofstr. 23-25.

## Sa., 14. Juli

**Marlene Stenten & Sonja Lasserre. Lesbisches Leben** in der frühen BRD. Lesung mit Vera Ruhrus, 18 Uhr, Rubicon, Rubensstr. 8-10, 50676 Köln

## Di., 16. Juli

**Rassistische Diskriminierung - auf dem Wohnungsmarkt und auch anderswo.** Reformbedarf für das AGG, Vortrag: Ferda Ataman (Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes), VA: Friedensbildungswerk u.a. Freier Eintritt, 18 Uhr, Karl Rahner Akademie, Jambachstr. 4-8, 50676 Köln

## Mi., 17. Juli

**Runder Tisch Nippes.** Infos zu Initiativen u. Austausch von Ideen, Freier Eintritt, 19

bis 21.30 Uhr, Bürgerzentrum Nippes Altenberger Hof, Mauenheimer Str. 92, 50733 Köln

## Sa., 20. Juli

**ColognePride – Straßenfest**, ab 12 Uhr, vom Heumarkt über den Alter Markt und Gürzenichvorplatz bis zum Elogiusplatz, Infos: [www.colognepride.de](http://www.colognepride.de), freier Eintritt, Heumarkt, 50667 Köln

14 Uhr, Deutzer Werft: **2# Pride-Ride Demo** für alle LSBTIQ+ und Freund\*innen, egal, ob mit Motorrad, Trike oder Scooter, Anmeldung: [www.dykesonbikes-rhein-weser.de/anmeldung-demo](http://www.dykesonbikes-rhein-weser.de/anmeldung-demo)

15 Uhr: **Bühnenprogramm** Alter Markt und Heumarkt

## So., 21. Juli

**CSD-Demo**, »Für Menschenrechte - Viele. Gemeinsam. Stark!«, 11.30 Uhr, Deutzer Brücke, Infos zur Demo: <https://www.colognepride.de>, freier Eintritt

## Do., 25. Juli

**1424 – Die Ausweisung der jüdischen Gemeinde »Uperwige tzyden«.** Vor 600 Jahren mussten Jüdinnen

und Juden Köln auf ewige Zeiten verlassen. Doch was wurde aus der Gemeinde? Referentin: Dr. Christiane Twiehaus, freier Eintritt, 16 bis 18 Uhr, MiQua:forum, Alter Markt 31, 50667 Köln <https://miqua.blog/>

## Fr., 26. Juli

**„Generalverdacht“ Lesung und Diskussion**, mit 3 Autorinnen des in 2023 erschienen Buchs diskutieren wir, wie mit dem Mythos »Clankriminalität« Politik gemacht wird, Veranstaltende: Grundrechtekomitee, AKJ Köln, 19 bis 20.30 Uhr, freier Eintritt, Petershof, Lövenicher Weg 9-11, 50933 Köln, <https://petershof.org>

## Di., 30. Juli

**Jugendleben und -erleben in Köln: Gruppen und ihre Identität in den Kölner Veedeln.** Online-Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, 18 Uhr

## Do., 1. August

**Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung.** Führung durch das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, 18.30 Uhr

## Mo., 19. August

**Die LINKE Sozialberatung in Chorweiler.** Nach dem plötzlichen Tod

# FRAKTIONS-TERMINE

Mo, 26. August, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Fr, 30. August, 16.00 Uhr  
**AK Soziales und Integration**

Do, 5. September, 19 Uhr  
**AK Bildung und Jugend**

Fr, 6. September, 18.00 Uhr  
**AK Verkehr**

Mo, 9. September, 18.30 Uhr  
**AK Gesundheit + Inklusion Ausschussvorbereitung**

Do, 12. September, 18 Uhr  
**AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen**

Do, 12. September, 18.15 Uhr  
**AK Kunst, Kultur und Medien**

Mo, 16. September, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Di, 17. September, 18.15 Uhr  
**AK Frauen**

Mo, 30. September, 19.30 Uhr  
**AK Gesundheit und Inklusion**

von Klaus Roth wollen wir die von ihm über ein Jahrzehnt geleistete Sozialberatung in Chorweiler fortsetzen. Mieter- und Verbraucherschutzfragen, Bürgergeld, Probleme mit dem Jobcenter, Wohngeld, etc. - wir helfen Menschen, die Probleme mit Behörden, Vermietern, etc haben. Unser Büro: Büro 2 in der Kulturbrücke in Chorweiler, Athener Ring 34. Sprechstunden: montags, von 15 bis 17 Uhr Wir öffnen wieder nach den Sommerferien, am 26. August. Mailadresse: [sozialberatung@die-linke-koeln.de](mailto:sozialberatung@die-linke-koeln.de)

## Pride

**Donnerstag, 18.7.2024, 20:00 Uhr**  
**Filmhaus Maybachstr. 111**

Filmvorführung und Gespräch mit  
Florian Weis (Rosa-Luxemburg-Stiftung)  
und Christian Steckmann (IGayBau)

**linkes**  
**KINO KÖLN**

Veranstalter:  
AG Linkes Kino  
der Linksfraktion  
im Kölner Rat

# Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
Tel. 221-278 40, E-Mail: [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de)  
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

## Außengastronomie wächst – und wird zum Hindernis für Fußgänger\*innen

Auf der letzten Ratssitzung wurden neue Regeln für die Außengastronomie beschlossen. Seit Corona wächst sie dynamisch. Das ist auch gut und schön. Viele Menschen wollen ihren Kaffee oder ihr Kölsch im Freien genießen.

Der öffentliche Raum ist stark begrenzt und dient in unserer Stadt auch oft als Verkehrsfläche. Autos dominieren den öffentlichen Raum und behindern viel zu oft Fußgänger\*innen und Rollstuhlfahrer\*innen. Fußwege in den Wohnquartieren sind insbesondere in den Abendstunden oft zugeparkt.

Als Rat ist es unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass alle Menschen den öffentlichen Raum sicher nutzen können. Wir brauchen Regeln, die auch schwache Verkehrsteilnehmer\*innen schützen, auch vor ausufernder Außengastronomie.

Menschen, die nur eingeschränkt sehen können oder blind sind, brauchen zur Orientierung eine Haus-

kante. Wenn an der Hauskante Tische und Stühle stehen, fehlt sehbehinderten Menschen diese Orientierungshilfe. Deswegen sollte künftig keine neue Außengastronomie an der Hauskante genehmigt werden.

Damit Menschen mit Einschränkungen im Bewegungsapparat oder auch Eltern mit Kinderwagen gut und sicher auf dem Bürgersteig unterwegs sein können, muss die Gehbahn mindestens 1,80 Meter breit sein. Hier darf nichts stehen, keine Stühle, keine Bänke und auch keine Werbeaufsteller.

Die Gehbahn von 1,80 Meter braucht zusätzlich einen Sicherheitsabstand zur Fahrbahn zwischen 30 und 50 cm, je nach zugelassener Höchstgeschwindigkeit auf der entsprechenden Straße. Das alles wäre gewährleistet, wenn der Rat den Vorschlägen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgen würden.

In dem Prozess zur Entwicklung der Regeln für die Außengastronomie hat die Verwaltung die Vorschläge der Stadtarbeitsgemeinschaft zunächst gut gewürdigt. In der jetzt vorliegenden Vorlage folgt sie leider im Wesentlichen den Anliegen der Gastronomen.

Auch in den meisten Fraktionen hat sich die Ansicht der Gastronomieverbände durchgesetzt. Es ist ja auch nicht populär in einer Stadt, die sich gerne als eine Stadt mit südlichem Flair sieht, die Außengastronomie zu begrenzen.

So ist dann leider auch folgerichtig die Verwaltungsvorlage, die wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen nimmt, mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Lediglich Die Linke, die Klima Freunde und das Ratsmitglied Thor Zimmermann haben dagegen gestimmt.

Michael Weisenstein



## Jazzhaus Sommerfestival

Am Wochenende 29./30. Juni 2024 präsentierte sich die Offene Jazz Haus Schule auf den drei Bühnen vor und in der Eigelsteintorburg. Knut Scholz und Günter Bell sind der Einladung gefolgt.

Längst nicht allen Menschen stehen Zugänge zum kulturellen Leben und zur Musik offen. Das Anliegen der Offenen Jazz Haus Schule, neue Wege in der künstlerischen Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft zu gehen und den öffentlichen und kulturellen Raum zurückzugewinnen, wird von der Linksfraktion unterstützt.